



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld, Annette Karl, Nata-scha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Volk-mar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Kathi Petersen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/12616, 17/14293

#### **Stellenabbau bei BAT (British American Tobacco) in Bayreuth – Arbeitsplätze erhalten, Perspektiven eröffnen und Zukunftspotenziale erschließen**

Der Landtag missbilligt den angekündigten Abbau des britischen Tabakkonzerns BAT von zwei Drittel seiner Jobs (950 von 1.400 Arbeitsplätzen) in Bayreuth. Dieser beabsichtigt, das Werk in Bayreuth bis 2017 größtenteils zu schließen, obwohl es hochproduktiv ist und die Belegschaft bereits weitreichende Zugeständnisse gemacht hat.

Der Landtag fordert ein klares Bekenntnis des Unternehmens zum Standort Bayreuth.

Er fordert das Unternehmen auf, sich seiner sozialen Verantwortung für die betroffenen Beschäftigten und deren Familien zu stellen und möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten.

Er erklärt sich solidarisch mit der Belegschaft und teilt die Sorgen und Ängste der Mitarbeiter und unterstützt die Suche nach bestmöglichen Lösungen aller Verantwortlichen auf allen Handlungsebenen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Perspektiven für die BAT-Mitarbeiter zu eröffnen, das wirtschaftliche Umfeld am Standort Bayreuth zu stärken und Zukunftspotenziale zu erschließen.

Hierzu zählen folgende Punkte:

- Auf die Einhaltung der Zusagen des Unternehmens, Einrichtung einer Transfergesellschaft, Garantie für die Auszubildenden und Bereitstellung eines Qualifizierungsbudgets, ist zu achten. Alle Altersteilzeitmöglichkeiten, interne Arbeitsplatzwechsel und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten müssen ausgeschöpft werden.
- Mit Arbeitsförderungs- und Qualifizierungsmaßnahmen aus Mitteln des Arbeitsmarktfonds und des Europäischen Sozialfonds sind die Aktivitäten der Arbeitsverwaltung in höchstmöglichem Maße zu flankieren. Dies gilt auch für die Unterstützung der Task Force der Agentur für Arbeit.
- Das Struktur- und Innovationsprogramm der Stadt Bayreuth, der Universität, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer Oberfranken muss durch eine aktive Ansiedlungspolitik und gezielte Investitionsakquisen begleitend gefördert und vorangebracht werden.
- Regionalfördermittel müssen schnellstmöglich bewilligt werden, um Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen.
- Neben dem Struktur- und Innovationsprogramm sind gezielt Technologie-, Digitalisierungs- und Wissenschaftsprojekte am Standort Bayreuth in Kooperation mit der Universität und Industriepartnern zu intensivieren.
- Dem Landtag ist zu berichten, welche Maßnahmen die Staatsregierung kurzfristig ergriffen hat, um den betroffenen Mitarbeitern neue Perspektiven zu geben. Gleichzeitig sind die angekündigten Maßnahmen vorzulegen, mit denen die Staatsregierung in der Region langfristig attraktive Arbeitsplätze schaffen will.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**  
I. Vizepräsident